V1 Gegen jeden Neoliberalismus!

Antragsteller*in: Felix Steins; Emilia Fester; Linus Jünemann; Jakob Klooth
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Historischer Teil:

*Durch die Politik des "New Deal" setzte sich im Amerika der 30er, später auch im Nachkriegseuropa die Erkenntnis durch, dass der zuvor praktizierte Laissez-faire-Kapitalismus, also quasi der Verzicht auf Regulation der Wirtschaft, nicht mehr die passende Wirtschaftsform für das Entwicklungsstadium des Kapitalismus war. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 1929, die Große Depression, Massenarbeitslosigkeit, Austeritätspolitik und nicht zu letzten deren maßgeblicher Anteil am Erstarken des Faschismus hatten dies überdeutlich gemacht. Als Gegenentwurf bildete sich eine Politik heraus, die mitunter als "Klassenkampfkompromiss", "Fordismus" oder auch "soziale Marktwirtschaft" bezeichnet wird. Sie stellt die konsequente politische Anwendung keynesianischer Volkswirtschaftslehre dar und setzt als solche auf starke Gewerkschaften, steigende Masseneinkommen, politisch festgelegte Wechselkurse, starke Regulierung des Finanzsektors, hohe Kapitalbesteuerung, Verhinderung von Kapitalkonzentration, hohe Staatsquoten und antizyklische Investitionspolitik. Dadurch herrschte weitgehend Vollbeschäftigung, die ökonomische Ungleichheit war gering, die Arbeiter*innenklasse hatte vergleichsweise viel poltische Macht, Krisen waren nur von kurzer Dauer und das Produktivitäts- sowie Wirtschaftswachstum waren hoch - deshalb wird dieser Zeitraum mitunter als "Goldenes Zeitalter des Kapitalismus" bezeichnet.*

*Da diese Regulation im Umkehrschluss vergleichsweise wenig Macht für die Kapitalis*innenklasse bedeutet, bildete sich ab den Fünfzigerjahren eine Gegenbewegung heraus, deren intelektuelles Zentrum die volkswirtschaftliche Schule der Neoklassik ist, die die Ineffizienz staatlicher Institutionen, die Effizienz freier Märkte und deshalb eine umfassende Deregulierung - mithin eine Rückkehr zum Laissez-faire-Kapitalismus - propagiert.*
Ausgehend von der "Mont Pèlerin Society", die führende Neoklassiker wie Friedrich August von Hayek und Milton Friedman mit Einfluss- und Geldadel vernetzte - und die noch heute das Herzstück der neoliberalen Thinktank-Vernetzung ist [0] -, wurde diese Kampagne eine weltweite politische Strömung, die sich, da sie ja Freiheit des Kapitals und des Marktes forderte, „Liberalismus“ auf die Fahnen schrieb.

Diese Umdeutung des Freiheitsbegriffs stellte den Beginn einer großangelegten

Lobby- und Propagandakampagne dar, deren Hauptzweck es ist, eine Gleichsetzung von „gut für ökonomische Eliten“ mit „gut für die (nationale) Wohlfahrt“ in die Köpfe der Bevölkerung zu pflanzen. Bewusst wurde ein Gegensatz von „sozial“ und „wirtschaftlich“ konstruiert, der so nicht vorhanden ist.

Seinen Durchbruch feierte der Neoliberalismus in den Siebzigerjahren, als die Vernachlässigung der ökologischen Frage im Allgemeinen beziehungsweise die Abhängigkeit vom Öl im Speziellen sowie die Trägheit der Gewerkschaften dazu geführt hatten, dass die Ölkrisen in Lohn-Preis-Spiralen und "Stagflation" mündeten (wobei das "Stagnation" darin reine neoliberale Propaganda ist, das Wirtschaftswachstum war in den 70ern deutlich höher als in jedem Jahrzehnt danach). Die scheinbare Unfähigkeit des Keynesianismus, das Wohlstandsversprechen weiterhin einzulösen, führte dann dazu, dass zunächst liberale und konservative, später auch "sozialdemokratische" und grüne Parteien sich dem Neoliberalismus zuwandten.

Status Quo

Spätestens seit der Finanzkrise 2009, in der das Scheitern des politischen Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein ernsthafter Politiker mehr politisch als „neoliberal“ outen. In weiten Teilen der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab, selbst äußerst bürgerliche Reformisten wie Cem Özdemir [1] tun dies. Dass der Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu Unternehmen zur Produktion von „Humankapital“ und die Vermögenskonzentration nimmt immer weiter zu.

Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der gesellschaftlichen Linken nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom Label „neoliberal“ hinauszukommen – die entscheidenden Begriffsverdrehungen, Mythen und Assoziationen, mit der die Ideologie des Neoliberalismus den politischen Diskurs geprägt hat und weiterhin prägt, stehen nach wie vor fast unwidersprochen im Raum.

Einige Beispiele seien an dieser Stelle erwähnt:

Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen andererseits:

Der Neoliberalismus behauptet, niedrige Löhne und wenig Umverteilung (zB in Form von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis

für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen zu können – sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnt. Und das wiederum ist nur dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).

Der Mythos, das Sparen gut und Schulden böse seien:

Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf gesamte Volkswirtschaften (Analogie der „schwäbischen Hausfrau“). Erstens können Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren, wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit, als Volkswirtschaft mehr zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet – das kann allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten, keine Lösung.

Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; „There is no such thing as society“

Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz und Egoismus, ebenfalls sinnvoll Prinzipien für die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei. Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuerwettbewerb zwischen Staaten, der „marktkonformen Demokratie“, der Inkaufnahme bestehender Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet. Jede linke Organisierung oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch Individuen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen geschaffen, sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

Leistungsträgerideologie

Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von „Faulheit“ sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet

(insbesondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als „Faulheit“ diffamiert, insbesondere zum Beispiel (linkes) politisches Engagement. Aber auch die Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken, „Chancengleichheit“ zu realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine Verwerfung der Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei, wenn nur alle benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

Fazit:

Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich. Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen Erfolg von Rechten zu werden.

Die GRÜNE JUGEND beschließt,

1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen.

2. die Verwendung neoliberaler Konzepte und Begriffe in ihrem Sprachgebrauch zu vermeiden beziehungsweise kritisch-distanziert als Ideologie kenntlich zu machen. Dazu gehören die Gleichsetzung von „gut/schlecht für die Wirtschaft“ und „gut/schlecht für die Unternehmen“; die „schwäbische Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine Verhältnisse leben“; die Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit entstehen; die moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und Verschuldung; dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnsektors) Deutschlands; den Euphemismus des „Wettbewerbs“, wenn es nicht explizit um den Wettbewerb zwischen Unternehmen geht; dass Vollbeschäftigung unmöglich sei; dass sich die Produktivität kaum noch entwickelt, weil alle Menschen gesättigt seien vom Wohlstand; dass Arbeitslose und andere Prekarisierte sich einfach nur mehr anstrengen müssten; dass ökonomischer Erfolg als „Leistung“ verklärt wird; die „Chancengerechtigkeit“; dass „der Markt“ grundsätzlich effizient sei und alles deshalb möglichst marktlich zu organisieren sei; der Euphemismus „Freihandel“; die Normalisierung aller Selektion, die ökonomisch begründet wird (zum Beispiel Numerus Clausus

etc); der Begriff „Humankapital“; des „wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“; die Behauptung, der Kapitalismus sei ein rein ökonomisches und kein politisch-gesellschaftliches (Macht)Verhältnis; dass Politik der Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen sei; die Naturalisierung und damit Inkaufnahme von Ungleichheit; dass jeder „an sich arbeiten“ müsse, um sich gegen andere durchzusetzen; die Verwendung ökonomischer Begriffe in nicht-ökonomischen Kontexten; die Behauptung, dass Menschen grundsätzlich egoistisch seien; dass Menschen sich an Standards, die „der Arbeitsmarkt“ setzt, anpassen müssten; und grundsätzlich alle weiteren Ideologiefragmente, die als "neoliberal" eingeordnet werden müssen.

3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 2. benannten, neoliberalen Konzepte und Begriffe, mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert ist, als solche zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt und scharf als Ungleichheitsideologie verurteilt.

4. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (zB Bildung, Pflege, Wohnen) entgegen zu stellen und für materielle Verbesserungen zu kämpfen.

[0]: https://lobbypedia.de/wiki/Mont_Pelerin_Society

[1]: https://www.youtube.com/watch?v=uOzW7jI5xio ab 0:20 bis 0:40

Begründung

mündlich